

Beschluss des Landrats vom 11.01.2024

Nr. 350

24. Entlastungspaket von Krankenkassenprämien für Familien 2023/519; Protokoll: pw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen und beantrage gleichzeitig dessen Abschreibung. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Tim Hagmann (GLP) erklärt zum Hintergrund des Postulats, dass der Prämienanstieg und die Prämienverbilligungen – wie an der heutigen Sitzung schon von Sven Inäbnit korrekt festgestellt – nicht die Ursache der Krankheit seien, sondern nur ein Symptom. Nichtsdestotrotz ist das Symptom da und es muss etwas dagegen unternommen werden. Es kann nicht einfach wegdiskutiert werden. Wer leidet besonders unter diesem Symptom? Personen mit tiefem Einkommen erhalten individuelle Prämienverbilligung. Personen mit sehr hohem Einkommen können sich höhere Krankenkassenprämien leisten. Der Mittelstand befindet sich im Zangengriff. Er kann nicht von den verschiedenen Vergünstigungen profitieren, muss aber die vollen Gesundheitskosten bezahlen. Das heisst, junge Familien sind besonders stark belastet. Eine Krankenkassenprämie für Kinder ist eigentlich nichts anderes als eine Steuer, die auf Kinder verlangt wird. Andere Länder wie beispielsweise Deutschland und Frankreich lösen dies anders. In Frankreich gibt es nur eine Erwachsenenprämie, mit der die Kinderprämien mitabgedeckt sind. Es käme auch niemand auf die Idee, dass die Eltern die Schulkosten übernehmen müssen, weil sie sich selber für Kinder entschieden haben. Netto sind Kinder sowohl finanziell als auch gesellschaftlich ein grosser Mehrwert. Der Kanton Basel-Landschaft mit seiner Überalterung tut gut daran, für junge Familien attraktiv zu sein. Überlegt sich heute eine junge Familien, wo sie hinziehen und Wohneigentum kaufen möchte, dann sind die Kantone Aargau oder Solothurn aufgrund der verschiedenen Belastungen – Steuerbelastung, Krankenkassenprämien – attraktiver. Bei einer Problemlösung über die Steuern besteht die Schwierigkeit, dass es dann auch wirklich den Familien zugutekommt.

Zur Stellungnahme des Regierungsrats: Wie in vielen anderen guten Beziehungen gibt es auch zwischen Regierungsrat und Landrat manchmal gewisse Kommunikationsprobleme. Auch hier hat es vielleicht ein solches gegeben. Tim Hagmann plädiert dafür, den Vorstoss stehenzulassen. Der Regierungsrat spricht in seiner Stellungnahme über die Richtprämie und was der Kanton bei der individuellen Prämienverbilligung macht. Ein Zitat aus dem Postulatstext: *«Der zu prüfende Lösungsansatz soll in verschiedenen Varianten an kantonaler Beteiligung an den Kinderprämien ausgelegt sein. Zu überlegen ist dies entlang einer Übernahme von 25 %, 50 %, 75 % oder 100 % der Krankenkassenprämie für Kinder bis 18 Jahre. Die Überprüfung soll basierend auf den Zahlen erfolgen, die die finanzielle Auswirkung für Familien einerseits und den Kanton andererseits aufzeigen.»* Der Vorstoss soll stehenbleiben, damit einerseits die Zahlen als Grundlage zur Verfügung gestellt werden, damit klar wird, was es kostet. Andererseits soll das Thema Familien und Familienentlastungen oben auf der Traktandenliste bleiben und in der Gesamtschau adressiert werden. Die Aussage ist nicht, dass dies die Lösung sein muss. Es handelt sich schliesslich um ein Postulat. Tim Hagmann bittet darum, das Postulat stehenzulassen.

Urs Roth (SP) kann sich dem letzten Teil des Votums anschliessen: Es braucht eine Gesamtschau. Im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans wurden im Dezember 2023 gewisse Anpassungen bei den Prämienverbilligungen vorgenommen. Der Regierungsrat hatte zudem versprochen, im Verlauf der nächsten Monate eine Vorlage zu bringen – der Zeitpunkt hängt davon ab, ob auf Bundesebene endlich die Abstimmungen über die Bühne gehen. Der Regierungsrat wird die Vorlage mit einer Auslegeordnung jedoch unabhängig vom Abstimmungsergebnis bringen. Urs

Roth plädiert dafür, die Vorstösse zum Thema stehenzulassen und im Rahmen der Gesamtschau zu behandeln.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) führt aus, die Entlastung von Familien – auch im Bereich der Krankenkassenprämien – sei für die Mitte-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Eine Überweisung des Postulats ist entsprechend unbestritten. Zur Abschreibung gibt es geteilte Meinungen. Für die Abschreibung spricht, dass es ohnehin eine Gesamtschau geben wird. Andere argumentieren, es soll stehengelassen werden, solange keine konkreten Antworten vorliegen.

Marco Agostini (Grüne) spricht sich gegen eine Abschreibung aus, da die Auslegeordnung noch nicht vorliege.

Saskia Schenker (FDP) sagt, der Regierungsrat sei bereits an einer Auslegung, in der es unter anderem um den Bezückerkreis, das Einkommen, und die Frage geht, an welcher Prämie die Verbilligung ausgerichtet wird oder wie hoch sie durchschnittlich sein soll. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass zum Thema bereits genügend Vorstösse vorliegen. *[Heiterkeit, Saskia Schenker lacht mit]* Die FDP-Fraktion hat aber auch inhaltlich ein Problem mit dem Vorstoss, weshalb entweder schon die Überweisung abgelehnt wird oder sicher einer Abschreibung zugestimmt wird. Im Vorstoss werden Prozentzahlen genannt. Dabei wird nicht mitbedacht, dass eine freie Versicherungswahl besteht – dies zum Glück. Die FDP-Fraktion möchte nicht, dass unabhängig dessen, welche Prämie respektive Versicherungsleistung abgeschlossen wird, immer ein gleicher Prozentsatz vergütet wird. Eine einheitliche Richtprämie pro Kind erscheint der FDP-Fraktion als richtiges System. Dazu gibt es verschiedene Vorstösse und die Prüfung ist am Laufen. Die FDP-Fraktion wird den Vorstoss grossmehrheitlich ablehnen, aber es wäre auch okay, wenn er überwiesen und anschliessend abgeschrieben würde. Der Vorstoss muss aber weg.

Nicole Roth (SVP) schliesst sich im Namen der SVP-Fraktion der Vorrednerin an. Ein weiteres Argument sei, dass die Prämienverbilligung nicht einfach immer weiter ausgebaut – dies ist reine Pflästerlipolitik –, sondern das Problem an der Wurzel angepackt werden soll. Die SVP-Fraktion folgt dem Regierungsrat.

Tim Hagmann (GLP) erklärt, es handle sich um ein Postulat. Bei den Prozentsätzen geht es darum, ein Gefühl dafür zu erhalten, was es kosten würde. Die Prozentsätze sollen sich dabei auf die Richtprämien beziehen.

Tim Hagmann versteht das Argument, dass nicht immer nur mehr Prämienverbilligung bezahlt werden sollte. Zur bürgerlichen Seite: Möchte diese Steuersenkungen für Familien machen, dann ist dies die einfachste und effektivste Methode. Jeder, der in der Schweiz lebt, mit ganz minimalen Ausnahmen, muss eine Grundversicherung haben. Alle, die Kinder haben, bezahlen die Steuer für die Versicherungspflicht. Es würde sich nicht um eine individuelle Prämienverbilligung handeln, wie sie bislang bekannt ist, sondern sie würde die Kinderprämien betreffen. Die Bürgerlichen müssten dies eigentlich unterstützen.

An die Mitte-Fraktion: Postulat heisst prüfen und berichten. Es wurde aber noch nicht berichtet, weshalb auch noch nicht abgeschrieben werden kann.

Adil Koller (SP) stellt fest, immerhin lache Saskia Schenker mit. In Anbetracht dessen, was die FDP-Fraktion am Vormittag erzählt hat, ist die Doppelmoral wirklich unglaublich und absurd. Es wäre gut, würde die FDP-Fraktion nun auch mitmachen, weil die SP-Fraktion bei den Postulaten am Vormittag ebenfalls mitgemacht hat. In diesem Fall ist es sonnenklar, dass es noch genau angeschaut und in die Auslegeordnung zu den Krankenkassenprämien aufgenommen werden muss. Unter dem nächsten Traktandum kommt dann nochmals ein Vorstoss, der stehengelassen werden

soll, da der Auftrag schlicht noch nicht umgesetzt ist. Wo ist die Auslegeordnung? Adil Koller sucht sie und wartet. Seit Monaten warten Landrat und Bevölkerung auf die Auslegeordnung. Bis diese vorliegt, werden alle Vorstösse überwiesen – Adil Koller klingt ja schon wie Sven Inäbni.

Dass nicht bekannt ist, um welche Prämien es geht, ist schlicht falsch. Im Bundesgesetz über die Krankenversicherung steht ja, dass untere und mittlere Einkommen bei der Kinder- und Jugendprämie um 50 % respektive 80 % entlastet werden sollen. Es steht aber nicht, dass es um die Richtprämie, die Durchschnittsprämie, die mittlere oder die effektiv gezahlte Prämie geht. Die Kantone sind dann in diesem Rahmen einigermassen frei. Daran stört sich die SP-Fraktion auch. Der Vorschlag von Tim Hagmann ist aber entsprechend richtig und der Regierungsrat soll dies prüfen und darüber berichten. Dann kann der Landrat entscheiden, was er machen möchte. Keine Doppelmoral, bitte. Dies soll bei allen wichtigen Themen so gehandhabt werden und nicht nur bei denjenigen, die der FDP-Fraktion wichtig sind. Das Kurzzeitgedächtnis sollte beim Mittagessen nicht einfach auf Reset gestellt werden.

://: Mit 50:27 Stimmen wird das Postulat überwiesen und mit 43:34 Stimmen bei 1 Enthaltung stehen gelassen.
